

FLUCHT AUF LEBEN UND TOD ...

Die Fluchtkatastrophen der Reichs- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa 1944/45 Band V/20

Rückkehr nach erfolgloser Flucht

>>Was morgen sein wird, frage nicht ... Er erschrickt auch nicht, wenn der Himmel einstürzt und ihn die Trümmer begraben.<< (Quintus Horaz)

Das Schicksal der deutschen Flüchtlinge wurde in erster Linie durch die Angriffsrichtung und Schnelligkeit der sowjetischen Truppen bestimmt. Da die Rote Armee überraschend schnell nach Westen stürmte, wurden viele Flüchtlingstrecken frühzeitig eingeholt und wichtige Fluchtwege versperrt, so daß schon im Januar 1945 große Rückkehrbewegungen entstanden. Bis zum Kriegsende zogen ununterbrochen Tausende von Flüchtlingen, die durch feindliche Truppen überholt worden waren, in ihre Wohnorte zurück. Nach der Kapitulation im Mai 1945 folgten weitere Rückwanderungswellen.

Aufgrund der z.T. großen Entfernungen, der ständigen Überfälle und der langen Zwangsaufenthalte dauerte die Rückkehr nicht selten Wochen oder sogar Monate. Falls die Heimkehrer nicht gerade Zwangsarbeiten leisten mußten oder willkürlich inhaftiert wurden, schafften sie täglich etwa 20 km.

Der Fußmarsch von Kolberg (Ostpommern) bis nach Heilsberg (Ostpreußen) dauerte z.B. 12 Tage.

Weitere Beispiele: Küstrin (Ostpommern) - Heilsberg (Ostpreußen) = 20 Tage.

Karthaus (Westpreußen) - Kreis Bartenstein (Ostpreußen) = 59 Tage.

Nach den unendlichen Flucht- und Rückkehrstrapazen war der körperliche und seelische Allgemeinzustand aller Ost- und Volksdeutschen katastrophal. Tausende von Flüchtlingen kamen sterbenskrank oder zu Tode erschöpft in ihren Heimatorten an. Hier warteten weitere Schicksalsschläge auf die völlig abgerissenen, halbtoten Rückkehrer. Die Häuser und Wohnungen waren im allgemeinen völlig ausgeplündert, sinnlos zerstört oder wurden schon von neuen "Eigentümern" bewohnt.

Bis zur Kapitulation konnten nur ca. 8.375.000 (49 %) Reichs- und Volksdeutsche in den Westen des Deutschen Reiches bzw. in die Tschechoslowakei (CSR) fliehen. In Mitteldeutschland und im Sudetenland gerieten später aber noch Hunderttausende in sowjetische Gewalt, so daß etwa 1.717.000 Flüchtlinge zwangsweise oder freiwillig in ihre Heimat zurückkehrten. Im Juni 1945 hielten sich rd. 10.270.000 Reichs- und Volksdeutsche in Ost-Mitteleuropa (ohne spätere DDR) auf.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Rückkehr in die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/70E-78E):

>>Die Rückkehr von Teilen der geflohenen Bevölkerung nach dem Ende der Kampfhandlungen

Allen deutschen Flüchtlingen, die in den ersten Monaten des Jahres 1945, getrieben von dem Entsetzen vor der Roten Armee, ihre Heimat in Ostdeutschland verließen, war die Vorstellung gemeinsam, daß sie bald wieder, wenn alles dies vorbei sei, in ihre Wohnorte zurückkehren könnten. Mancher mag dabei an eine militärische Wendung der Dinge gedacht haben, wie sie die Parteipropaganda fortgesetzt prophezeite, andere werden im Einfall der Roten Armee nach Deutschland deutlich das bevorstehende Ende des Krieges erkannt und sich davon eine Normalisierung und baldige Rückkehr versprochen haben.

Sicher hatte der überwiegende Teil der Flüchtlinge überhaupt keine klaren Vorstellungen über

das Wie und Wann einer Rückkehr, an die man aber doch fest glaubte, weil man sich einfach nicht vorzustellen vermochte, daß es anders kommen könnte oder daß mit der Flucht etwa gar der erste Schritt zu einer ständigen Entfernung von der Heimat getan sei. –

Viele Flüchtlinge haben sich schon bei der Flucht so sehr von dem Gedanken an eine schnelle Rückkehr leiten lassen, daß sie sich nur so weit von ihren Heimatorten entfernten, wie es nach der jeweiligen Frontlage unbedingt nötig war, und mancher Flüchtlingstreck ist durch solches wiederholte Haltmachen schließlich doch noch von sowjetischen Truppen eingeholt worden.

Es gehörte mit zu den Erfahrungen, die der Zusammenbruch im Mai 1945 über Deutschland brachte, daß die Vorstellungen von einer friedlichen Rückkehr der Flüchtlinge in die von ihnen vor der Roten Armee geräumten Orte sich als falsch erwiesen. –

Wie wenig das Ende der Kampfhandlungen Gelegenheit für eine friedliche Rückkehr bot, merkten am ehesten diejenigen unter der geflohenen ostdeutschen Bevölkerung, die noch während der Flucht, oft schon bald nach ihrem Aufbruch, oft auch erst nach tagelangem Treck, unterwegs von vorstoßenden sowjetischen Truppen erfaßt wurden.

Sofern sie überhaupt in ihre Heimatorte zurückkehren konnten, war es eine Rückkehr von geschlagenen, geschändeten und ausgeraubten Menschen, die, müde und verzweifelt, sich zuletzt nur in ihrer heimatlichen Umgebung noch einen Trost versprachen und oft genug auch darin enttäuscht wurden, weil sie kein Zuhause, sondern zerstörte und abgebrannte Wohnungen inmitten verlassener Orte vorfanden. –

Auch die zahlreichen ostdeutschen Flüchtlinge, die bis nach Mitteldeutschland, nach dem Westen des Reiches, nach Böhmen und Mähren oder nach Dänemark gelangt waren, erfuhren sehr bald nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches, daß mit dem Ende des Krieges der Weg für eine Rückkehr nicht frei geworden war, sondern daß sich viele Barrieren und Hindernisse zwischen sie und ihre Heimat gestellt hatten.

Die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen machte die Entfernung von Schleswig-Holstein nach Ostpreußen oder von Bayern nach Schlesien nahezu unüberbrückbar, und spätere Maßnahmen der Besatzungsmächte oder der nach Ostdeutschland eingedrungenen Polen, vor allem die Bestimmungen der Konferenz von Potsdam, ließen eine Rückkehr überhaupt unmöglich werden.

Daß es unter diesen Bedingungen und nach allem, was man in Mittel- und Westdeutschland vom Vorgehen sowjetischer Truppen und polnischer Milizeinheiten in Ostdeutschland erfuhr, überhaupt noch zu umfangreichen Rückkehrbewegungen von Flüchtlingen über die Oder und Neiße nach Osten gekommen ist, ist höchst verwunderlich und fraglos in den meisten Fällen nur dadurch zu erklären, daß sich nach dem Ende des Krieges, wo jedermann wieder nach Hause zog, die Bombenevakuierten in ihre zerstörten Städte und die aus Kriegsgefangenschaft entlassenen Soldaten zu ihren Familien, auch viele Flüchtlinge aus Ostdeutschland von jenem Drang zur Rückkehr in die Heimat erfaßt wurden, der sich über alle rationalen Einwände und kritischen Bedenken hinwegsetzte.

Bei der Betrachtung der einzelnen Rückkehrbewegungen der Flüchtlinge aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße ist zu unterscheiden zwischen den nicht aus Ostdeutschland herausgekommenen Flüchtlingen, deren Rückkehr nur einen internen Wandervorgang innerhalb der einzelnen Provinzen östlich der Oder und Neiße darstellte, und der Rückkehr von geflohenen Ostdeutschen, die außerhalb der Oder-Neiße-Gebiete Zuflucht gefunden hatten, weil ihre Rückkehr eine effektive Zunahme der damaligen durch die Flucht stark zusammengeschnittenen deutschen Bevölkerung in den Gebieten östlich der Oder-Neiße bedeutete.

Die Rückwanderung innerhalb der Oder-Neiße-Gebiete begann schon sehr zeitig. In den polnischen Gebieten, in Ostpreußen, Ostbrandenburg, in Teilen Westpreußens und im südlichen Streifen Ostpommerns machten sich bereits seit den letzten Januartagen Tausende auf den Rückweg, nachdem das schnelle Vordringen der Russen eine weitere Flucht unmöglich ge-

macht hatte. Eine neue Welle der Rückwanderung folgte vor allem im März, als von Ostpommern und Danzig her zahlreiche Deutsche aus Ost- und Westpreußen wieder in ihre Heimat zogen und gleichzeitig auch die während der Flucht von sowjetischen Truppen überrollte Bevölkerung Ostpommerns in ihre Heimorte zurückstrebte.

Eine Rückkehr von geflohenen Ostdeutschen aus Gegenden außerhalb der Oder-Neiße-Gebiete erfolgte dagegen erst nach dem Waffenstillstand und zwar im wesentlichen nur aus den Flüchtlingsaufnahmegebieten Böhmens und Mitteldeutschlands, die entweder schon bei Kriegsende von russischen Truppen besetzt waren oder später der russischen Besatzungsmacht unterstellt wurden.

Das Protektorat Böhmen und Mähren, das von allen unter deutscher Herrschaft stehenden Gebieten als letztes von den Gegnern Deutschlands besetzt wurde, hatte als Aufnahmeland für Hunderttausende von Schlesiern besondere Bedeutung gehabt.

Die Mehrzahl der hier versammelten Flüchtlingsmassen geriet schließlich doch noch in russische Hände; denn der überwiegende Teil Böhmens und Mährens wurde teils unmittelbar vor der Kapitulation Deutschlands, teils in den Tagen danach von sowjetischen Truppen besetzt, und nur einen schmalen Streifen längs der bayrischen Grenze nahmen amerikanische Truppen ein. Für die zahlreichen Flüchtlinge aus Schlesien, die in Böhmen und Mähren doch noch unter die Gewalt der Russen geraten waren, blieb die Rückkehr in ihre Heimat das einzig Gebotene, zumal die tschechischen Behörden und Milizeinheiten sehr drastische Maßnahmen zur Entfernung aller deutschen Flüchtlinge ergriffen. –

In einer ähnlichen Lage befanden sich die ostdeutschen Flüchtlinge, die in Mitteldeutschland Zuflucht gefunden hatten. Fast ganz Sachsen, das gesamte Gebiet Brandenburgs mit Berlin sowie Vorpommern und Mecklenburg waren in den Wochen vor dem Waffenstillstand von der Roten Armee erobert worden, und später, Ende Juni 1945, fielen auch der westliche Teil des Landes und der Provinz Sachsen sowie Thüringen im Austausch gegen Westberlin unter die Verwaltung der sowjetischen Besatzungsmacht.

Alle in diesen Gebieten Mitteldeutschlands befindlichen Flüchtlinge aus Ostpreußen, Schlesien, Ostpommern und Ostbrandenburg befanden sich somit in der Lage, daß sie ihre Heimorte vor der Roten Armee verlassen hatten, ohne dem Regime der Sowjets entkommen zu sein, und viele von ihnen erstrebten deshalb die Rückkehr, wobei sie nicht unbeeinflusst davon blieben, daß die russischen Truppen sich im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone nach dem Waffenstillstand sehr viel disziplinierter verhielten als vorher und man hoffen konnte, dies sei auch in der Heimat östlich der Oder-Neiße der Fall.

Die russischen Militärbefehlshaber und die in den einzelnen Orten eingerichteten Kommandanturen verhielten sich zur Rückkehr der durch die Flucht versprengten deutschen Bevölkerung durchaus nicht einheitlich.

Die auf der Flucht befindlichen Trecks, die unterwegs in russische Hände fielen, wurden in vielen Fällen sofort zur Umkehr gezwungen, oder es wurde ihnen wenigstens die Erlaubnis zur Rückkehr in ihre Heimorte erteilt. In anderen Fällen wieder kümmerte man sich wenig um sie, ließ sie bleiben, wo sie waren, registrierte sie an ihren Zufluchtsorten und behandelte sie wie die einheimische Bevölkerung.

Offensichtlich hatte die russische Führung ursprünglich beabsichtigt, daß in den gesamten deutschen und außerdeutschen Gebieten, die 1945 von russischen Streitkräften besetzt worden waren, die Bevölkerung wenigstens vorübergehend in ihre Heimatgebiete zurückkehren sollte, damit Flüchtlingsansammlungen vermieden und eine bessere Kontrolle der Bevölkerung ermöglicht werden konnten. Dahinter mochte einfach die Absicht stehen, aus militärischen Gründen eine gewisse äußere Ordnung zu schaffen oder die politische Siebung der Bevölkerung zu erleichtern; keinesfalls haben Maßnahmen dieser Art etwas mit der grundsätzlichen Einstellung der sowjetischen Politik zur Vertreibung zu tun.

Diese war im Prinzip ihr letztes Ziel, das nur an einigen Stellen durch Erwägungen praktischer Natur verdunkelt wurde. Dies läßt sich etwa auch aus dem uneinheitlichen Verhalten der Sowjets zu den schon vor dem Potsdamer Abkommen von den polnischen Behörden begonnenen Ausweisungsaktionen erkennen, die von den Russen zwar damals aus besonderen Interessen in Einzelfällen behindert, im Prinzip aber gebilligt wurden.

Auch an anderen Stellen erscheint die Haltung der Russen undurchsichtig und widerspruchsvoll. So wurde ein großer Teil der Flüchtlinge, die sich im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone befanden und die teils von den zuständigen sowjetischen Kommandanturen oder den ihnen unterstellten deutschen Behörden den Befehl zur Rückkehr erhalten oder zu großen Teilen selbständig den Rückweg angetreten hatten, vor den Übergängen an der Oder und Neiße abgewiesen und nicht in ihre Heimatgebiete hineingelassen.

Die größte Verwirrung entstand hierbei im Raum von Görlitz. Dort wurden ab Ende Mai durch polnische Militärkommandos und die östlich der Neiße eingesetzten polnischen Verwaltungsbehörden die Neiße-Übergänge nach Schlesien für alle Rückkehrer gesperrt, so daß sich am westlichen Ufer und in der Stadt Görlitz der Rückwanderungsstrom staute.

Die allgemeine Not stieg ins Unermeßliche, da zusätzlich vom Osten her die von den Polen in eilig betriebenen Aktionen zwangsweise Ausgetriebenen über die Neiße nach Westen kamen. In ähnlicher Weise ist Ende Juni/Anfang Juli 1945 überall an den Übergängen über die Oder und Neiße der Weg für die Rückkehr gesperrt worden und gleichzeitig die erste Austreibungswelle aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße erfolgt, so daß in diesen Tagen und Wochen unzählige heimatlos gewordene Menschenmassen sich von Schlesien bis nach Stettin am westlichen Ufer von Neiße und Oder zusammendrängten.

Aber auch die Bevölkerungsbewegung zwischen den einzelnen deutsch bewohnten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, die sich aus dem Bestreben der Flüchtlinge zur Rückkehr in die Heimat ergab, wurde durch das Eingreifen russischer Truppen in mannigfacher Weise behindert oder vereitelt.

Vor allem war es die Verpflichtung zur Zwangsarbeit, der alle Deutschen in den Wochen nach der Besetzung unterlagen, wodurch eine Rückkehr oft unmöglich gemacht wurde. Gleich, ob es sich um Flüchtlinge oder Einheimische handelte, wurden die in den Dörfern und Städten angetroffenen Deutschen zur Beseitigung von Trümmern, Bestellung von Feldern, zum Abbau von Eisenbahngeleisen sowie zu anderen Demontearbeiten und Diensten für die sowjetische Truppe herangezogen.

Vielen der Geflohenen war dadurch der Rückweg versperrt, und selbst diejenigen, die davon nicht betroffen waren oder heimlich den Rückweg angetreten hatten, mußten damit rechnen, unterwegs aufgegriffen und zu irgendwelchen Arbeiten gezwungen zu werden.

Für manche Flüchtlinge dauerte es Wochen und Monate, ehe sie ihre Heimat erreichten, und ganz allgemein stellte es sich heraus, daß der Rückweg die vorangegangene Flucht an Strapazen und Gefahren noch weit übertraf. Da der Eisenbahnverkehr im allgemeinen noch stilllag, die Trecks in der Mehrzahl ihrer Pferde beraubt und die Gepäckstücke immer wieder geplündert worden waren, zogen die Flüchtlinge in der Regel zu Fuß mit nur wenigem Gepäck auf den Landstraßen einher, dabei ständig in Furcht vor russischen Truppen und polnischer Miliz. Der Weg führte durch zerschossene und abgebrannte Orte und über Landstraßen, wo noch die Tierkadaver sowie Leichen von Soldaten und Zivilisten lagen.

Hunger und Durst forderten neue Opfer, und in der Regel fanden die Heimgekommenen zu Hause völlig ausgeraubte, wenn nicht gar abgebrannte Wohnungen vor, oder aber russische Besatzungstruppen hatten die Häuser bezogen.

Die allgemeine Unsicherheit jener Zeit und die auf dem Weg in die Heimat zu erwartenden Strapazen hielten manche Flüchtlinge davon ab, sofort nach dem Einzug sowjetischer Truppen den Rückweg anzutreten. Dies trifft beispielsweise für zahlreiche ostpreußische Flücht-

linge zu, die in Pommern von russischen Truppen überrollt worden waren. Die meisten von ihnen hatten einen 6-8 Wochen langen, gefährvollen, seelisch und körperlich aufs äußerste anstrengenden Treck hinter sich, als sie in Pommern in die Hände der Russen fielen, und scheuten deshalb den Hunderte von Kilometern langen Rückweg, weil sie zu fürchten hatten, dabei ihrer letzten Habe beraubt zu werden, und nicht sicher sein konnten, ihre Heimatorte auch wirklich zu erreichen.

Da sie überdies erlebten, wie selbst in den Orten Pommerns polnische Behörden die Verwaltung übernahmen und polnische Miliz eine immer bedeutendere Rolle zu spielen begann, mußten sie, gestützt auf ihre Erfahrungen aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, für ihre noch weiter östlich gelegene ostpreußische Heimat das Schlimmste befürchten, zumal schon im Februar 1945, wovon freilich damals nur wenige Deutsche Kenntnis hatten, von den Vertretern der britischen, der amerikanischen und der russischen Regierung auf der Konferenz von Jalta erklärt worden war, "daß Polen beträchtlichen Landzuwachs im Norden und Westen erhalten muß".

Ähnliche Überlegungen spielten auch für die große Mehrzahl derjenigen eine Rolle, denen die Flucht in das mittlere oder westliche Reichsgebiet gelungen war. Für sie galt es, zunächst abzuwarten, was mit ihrer Heimat geschah, und nicht leichtsinnig das Leben und den wenigen geretteten Besitz aufs Spiel zu setzen, nachdem sie glücklich vor den Russen davongekommen waren. Die Nachrichten von Sperrungen der Oder-Neiße-Linie für Rückkehrer, von Deutschenverfolgungen in den Ostgebieten und von ersten Ausweisungen im Juni 1945 hielt die Masse der in der sowjetischen, amerikanischen, englischen und französischen Besatzungszone befindlichen Flüchtlinge vom sofortigen Aufbruch zur Rückkehr ab.

Im übrigen hatte die Einrichtung von Besatzungszonen eine Rückkehr aus der amerikanischen, der britischen und französischen Zone nach dem Osten rein technisch so gut wie unmöglich gemacht, da die Zonengrenzen wie überhaupt die Anordnungen aller Besatzungsmächte die Freizügigkeit des Verkehrs quer durch Deutschland verhindert hatten. Lediglich aus dem Gebiet der Sowjetzone konnten in den Wochen nach dem Waffenstillstand noch in größerer Zahl Flüchtlinge über die Oder und Neiße nach Osten zurückkehren.

In Mecklenburg und dem westlichen Teil Pommerns waren es vor allem geflohene Einwohner aus Ostpommern, in Sachsen vor allem Schlesier, die den Rückweg antraten. Teilweise wurden sie von sowjetischen Kommandanturen oder deutschen Bürgermeistern dazu aufgefordert, teilweise machten sie sich auch selbständig auf den Weg zurück in ihre Heimat.

Bis die Sperrmaßnahmen der Polen Ende Juni 1945 den Massenstrom der Rückwanderer abstoppten, waren schätzungsweise bereits 300.000 bis 400.000 Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone wieder in ihre Heimat östlich der Oder und Neiße zurückgekehrt. Als schließlich in den Potsdamer Beschlüssen die Zustimmung der Großmächte zur Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung gegeben wurde, hörte die Rückkehr nach Ostdeutschland bis auf ganz geringe Nachzügler vollständig auf.

Erheblich größer als die Zahl der Rückkehrer aus der sowjetischen Besatzungszone war die Zahl derer, die nach dem Waffenstillstand aus dem Gebiet der Tschechoslowakei in ihre Heimat zurückkehrten. - Rund 1,6 Millionen Deutsche aus Schlesien waren durch das Vordringen der Roten Armee nach Böhmen und Mähren hinübergedrängt worden. Etwa die Hälfte von ihnen hatte in dem Schlesien unmittelbar benachbarten Streifen des Sudetenlandes Zuflucht gefunden.

In den deutschen Orten des Sudetenlandes von Troppau im Süden bis nach Reichenberg im Norden war es infolgedessen zu einer ungeheueren Massierung von schlesischen Flüchtlingen gekommen, denen teils in Privatquartieren, teils in Massenlagern eine Notunterkunft geschaffen worden war. Da der Flüchtlingsstrom aus Schlesien trotzdem angehalten hatte, waren weitere Hunderttausende in dem an Sachsen angrenzenden Teil des Sudetenlandes oder im Innern

Böhmens untergebracht worden, und viele waren auch quer durch Böhmen nach Bayern weitergezogen.

Je nach der Gegend, in der sich die schlesischen Flüchtlinge zum Zeitpunkt der Kapitulation befanden, ergab sich für sie eine sehr verschiedene Situation. Die nach Bayern Hereingeströmten waren froh, nicht mehr im Gebiet der Tschechoslowakei zu sein; aber eine Rückkehr nach Schlesien war für sie infolge der Besatzungsgrenzen in Deutschland nahezu unmöglich geworden. Für die vielen anderen, die sich im Sudetenland oder im Inneren Böhmens befanden, galt es, so schnell wie möglich dieses Gebiet zu verlassen, da seit dem Waffenstillstand überall in der Tschechoslowakei die Verfolgung und Internierung der Deutschen begann.

Die tschechischen Behörden ergriffen sogleich Maßnahmen, um die vielen deutschen Flüchtlinge, die nicht nur aus Schlesien, sondern auch aus der Slowakei, aus Ungarn und Rumänien in Böhmen und Mähren Zuflucht gesucht hatten, über die Grenzen abzuschieben. Viele Schlesier hatten sich, als der Krieg zu Ende war, bereits selbständig auf den Heimweg begeben; die anderen wurden in den folgenden Tagen und Wochen, teils zu Fuß, teils in Eisenbahntransporten, eiligst und auf dem kürzesten Weg über die Grenze geschickt. Auf diesem Rückmarsch durch das Gebiet der Tschechoslowakei waren sie fortgesetzten Belästigungen ausgesetzt, an denen sich russische Soldaten und tschechische Miliz je auf ihre Weise beteiligten.

Bei ihrem Bestreben, die deutschen Flüchtlinge aus dem tschechischen Staatsgebiet zu entfernen, nahmen die tschechischen Behörden wenig Rücksicht darauf, ob den Schlesiern daraus wirklich eine Rückkehr in ihre Heimat erwuchs. Soweit sie sich in der Gegend um Prag und im Innern Böhmens aufhielten, wurden sie zunächst in Lager eingewiesen und dann meist auf dem nach Deutschland kürzesten Wege, nach Sachsen abtransportiert.

Ebenfalls nach Sachsen hinüber drängte man die im nördlichen Teil des Sudetenlandes zwischen Eger und Reichenberg befindlichen Schlesier, denen es bei der allgemeinen Furcht vor tschechischen Verfolgungen oft auch selbst darauf ankam, so schnell wie möglich die tschechische Grenze zu passieren. Viele versuchten von Sachsen aus, wo ihnen teilweise Lebensmittelkarten verweigert und längerer Aufenthalt untersagt wurden, nach Schlesien zurückzukehren, was aber nur wenigen gelang, da, wie bereits dargestellt, ab 1. Juni die Neiße-Übergänge bei Görlitz für die Rückkehrer gesperrt waren.

Für diejenigen Schlesier, die im westlichen Teil Böhmens den Waffenstillstand erlebten, führte der kürzeste Weg aus dem Bereich der Tschechoslowakei hinaus nach Bayern. Er war auch insofern am ungefährlichsten, weil dieser Teil Böhmens nicht von russischen sondern von amerikanischen Truppen besetzt worden war und die Flüchtlinge infolgedessen der Berührung mit sowjetischen Truppen aus dem Wege gehen konnten.

Der Rückweg nach Schlesien blieb nur denen nicht verwehrt, die im östlichen Teil Böhmens Unterkunft gefunden hatten. Dies war jedoch etwa nur die Hälfte all derer, die aus Schlesien vor der Roten Armee über das Gebirge geflohen waren, insgesamt schätzungsweise 800.000 Menschen.

An der schlesisch-tschechischen Grenze konnten die Polen nicht wie an der Oder und Neiße den Rückkehrerstrom sperren, dies gebot allein die Rücksicht auf die Tschechen. Deshalb begann sofort nach dem Waffenstillstand am 9. Mai ein gewaltiger Rückkehrerstrom über das böhmisch-schlesische Gebirge einzusetzen, der sich auf die gleichen Wege ergoß wie in den Wochen vorher die Flucht, nur daß die Flüchtlinge jetzt beträchtlich ärmer geworden waren und, nachdem sie Pferde und Wagen und einen beträchtlichen Teil des Gepäcks den Russen und Tschechen hatten lassen müssen, meist zu Fuß einherliefen.

Bis Mitte Juni etwa dauerte dieser Rückstrom nach Ober- und Niederschlesien an. Die teils völlig entleerten Dörfer und Städte Schlesiens füllten sich wieder mit Menschen, und als im Juli die Rückbewegung abgeschlossen war, hatten sie durchschnittlich wieder 50 Prozent ihrer alten Einwohnerzahl erreicht. Zusammen mit den rund 200.000 Schlesiern, denen es gelungen

war, über die Neiße zurückzukehren, war es rund eine Million Menschen, die im Mai und Juni 1945 wieder in Schlesien eintrafen. Die deutsche Bevölkerung Schlesiens (Grenzen von 1937) war damit wieder auf rund 2,5 Millionen angewachsen, so daß hier auch unter der Herrschaft von Russen und Polen die deutsche Bevölkerung sehr zahlreich war.

Auch in Ostpommern war der Anteil der noch unter russischer Besetzung im Lande befindlichen Einwohner relativ hoch. Dabei spielte weniger die Rückkehr eine Rolle; denn infolge der polnischen Sperrmaßnahmen an der Oder kamen schätzungsweise nur 150.000 Ostpommern aus Mecklenburg und Vorpommern während der Monate Mai und Juni zurück, wobei dieser Zuzug etwa ausgeglichen wurde durch den Abzug zahlreicher ostpreußischer und westpreußischer Flüchtlinge, die von Ostpommern aus wieder in ihre Heimat zurückkehrten.

Im Gegensatz zu anderen Provinzen war aber in Ostpommern die Zahl der Zurückgebliebenen und nicht mehr rechtzeitig Herausgekommenen sehr hoch, so daß sich im Juni 1945, vor Beginn der ersten Ausweisungen, ca. eine Million Menschen in Ostpommern befand. Die Städte und Dörfer hatten durchschnittlich 50 bis 60 Prozent ihrer ehemaligen Einwohnerzahlen. In ihnen lebten schätzungsweise noch 150.000-250.000 Deutsche aus Ost- und Westpreußen sowie aus den polnischen Gebieten, die nicht in ihre Heimat zurückgekehrt waren, sondern ihr weiteres Schicksal in Ostpommern abwarteten.

Die Bevölkerungsdichte in den einzelnen ostpommerschen Gebieten war sehr verschieden, je nach den Fluchtmöglichkeiten, die im Januar und März bestanden hatten. Während in den westlichen Kreisen Pyritz, Greifenhagen, Naugard, Cammin und in den Hafenstädten Kolberg und Stolpmünde nur noch relativ wenige Deutsche lebten, betrug die Einwohnerzahl in anderen Kreisen, in der Gegend um Belgard, Köslin, Neustettin, Deutsch Krone, Friedeberg, Stolp und Lauenburg teilweise über 75 Prozent des alten Standes.

Am niedrigsten war die Zahl der Bevölkerung im Sommer 1945 in Ostpreußen. Rund 500.000 Einwohner waren in den Regierungsbezirken Gumbinnen, Königsberg und Allenstein in russische Hand gefallen. Daneben sind auch in den westlich angrenzenden Kreisen Elbing, Marienburg, Stuhm, Marienwerder und Rosenberg fast 100.000 deutsche Einwohner zurückgeblieben, als die Rote Armee dieses Gebiet eroberte, oder später dahin zurückgekehrt. Zusammen mit den rund 200.000, die teils schon im März und April, teils auch erst nach der Kapitulation vor allem aus Pommern nach Ostpreußen zurückkehrten, zählte Ostpreußen (in den Grenzen von 1937) im Juni 1945 rund 800.000 Einwohner, das ist knapp ein Drittel seiner Bevölkerung aus dem Jahre 1944.

Am schwächsten war die Bevölkerungsdichte in den östlichen Kreisen, dem Reg.-Bezirk Gumbinnen. Dort hatten die russischen Truppen nahezu menschenleeres Land in Besitz genommen, und obwohl schon ab Februar 1945 zahlreiche im Samland unter die sowjetischen Truppen geratene Deutsche zwangsweise dorthin deportiert wurden, hat die deutsche Bevölkerungszahl im östlichen Teil Ostpreußens unter russischer und polnischer Verwaltung kaum 15 Prozent ihrer ehemaligen Höhe erreicht. –

Wesentlich zahlreicher war die deutsche Bevölkerung dagegen in den südlichen und mittleren Kreisen Ostpreußens. Die Städte Osterode, Allenstein, Mohrunen, Sensburg, Bartenstein, Heilsberg, Lötzen und die umliegenden Landgemeinden erreichten im Sommer 1945 durchschnittlich wieder die Hälfte ihrer alten Einwohnerzahlen.

Die Masse der zu dieser Zeit in Ostpreußen lebenden deutschen Bevölkerung, wohl 500.000-550.000 Menschen, verteilte sich auf die südlichen Kreise, welche später auf Grund des Potsdamer Abkommens unter polnische Verwaltung kommen sollten, während in dem unter russische Verwaltung gestellten nördlichen Teil Ostpreußens, einschließlich Königsbergs, nur ca. 250.000-300.000 Menschen lebten.

In dem relativ kleinen Ostbrandenburg hat sich die Zahl der deutschen Einwohner durch Rückkehrer nur unerheblich vermehrt, zumal aus diesem Gebiet schon Ende Juni 1945 durch

systematische Austreibungen der größte Teil der Deutschen gezwungen wurde, die Heimat zu verlassen. Vor Beginn dieser Austreibungsaktionen haben in Ostbrandenburg, dessen Bevölkerung zum größten Teil nicht rechtzeitig hatte fliehen können, jedoch noch rund 350.000 Menschen gelebt.

Nur von geringfügigem Ausmaß war die Rückkehr geflohener Deutscher in Danzig, in Westpreußen und in den west- und zentralpolnischen Gebieten. Die Deutschen, die sich in diesen Gebieten im Mai/Juni 1945 aufhielten, waren in der Regel Personen, die freiwillig dort geblieben oder während der Flucht in russische Hände gefallen waren. Im Gebiet der Freien Stadt Danzig waren es rund 200.000 und auf polnischem Territorium etwa 800.000 Deutsche, die die Zeit der polnischen Herrschaft und der Ausweisungen in ihrer Heimat erlebten.

Die Gebiete östlich der Oder und Neiße	Stand der deutschen Bevölkerung Ende 1944	Stand d. deutschen Bevölkerung nach d. Flucht vor der Roten Armee April-Mai 1945	Stand der deutschen Bevölkerung nach der Rückkehr (Sommer 1945) und vor d. Austreibung
Ostpreußen ²⁾	2 653 000	600 000	800 000
Ostpommern	1 861 000	1 000 000	1 000 000 ³⁾
Ostbrandenburg	660 000	300 000	350 000
Schlesien	4 718 000	1 500 000	2 500 000
Polnische Gebiete	1 612 000	800 000	800 000
Danzig	420 000	200 000	200 000
Insgesamt	11 924 000	4 400 000	5 650 000

1) Die Zahlenangaben beruhen auf Durchschnittswerten (x001/78E).

2) Einschließlich Memelland und Reg.-Bezirk Westpreußen (x001/78E).

3) Zahlenmäßige Gleichheit der Rückkehrer nach Ostpommern und Abzug der nach Ostpommern geflohenen ost- und westdeutschen Flüchtlinge (x001/78E).<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Rückkehr nach Rumänien (x007/93E-99E): >>Fast schwerer als das Los der in Rumänien Zurückgebliebenen war das Schicksal derjenigen Volksdeutschen, die als Umsiedler oder Flüchtlinge in den "eingegliederten" polnischen Gebieten, in der Tschechoslowakei und in den östlichen Teilen Österreichs vom Strudel des deutschen militärischen Zusammenbruchs erfaßt wurden.

Mit der übrigen deutschen Bevölkerung der Ostgebiete hatten zu Beginn der zweiten Jahreshälfte 1945 auch die in den damaligen "Reichsgauen" Danzig-Westpreußen und Wartheland angesiedelten Volksdeutschen aus Bessarabien, der Bukowina und der Dobrudscha den Evakuierungsbefehl erhalten. Zahlreichen Trecks gelang es nach langwieriger und mühseliger Fahrt, mittel- oder westdeutsches Gebiet zu erreichen. Für die östlichsten deutschen Gemeinden war der Fluchtbefehl zu spät gekommen, so daß eine geregelte Evakuierung nicht mehr möglich war.

Ein Teil der Flüchtlingstrecks wurde noch vor Erreichen der Oder von den vordringenden Sowjets überholt und zum Umkehren gezwungen. Die wehr- und arbeitsfähigen Männer wurden teilweise sofort erschossen, die übrigen wenig später zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion

verschleppt. Frauen und Kinder mußten nach Plünderung ihrer Habe durch die erbitterten Polen an ihre Ansiedlungsorte zurückkehren, um dort, teils in Lagern, teils unmittelbar polnischen Bauern zugewiesen, zur Arbeit eingesetzt zu werden.

Für die aus der Sowjetunion stammenden Volksdeutschen, zu denen auch Bessarabien- und Nordbuchenland-Deutsche gezählt wurden, ordneten die sowjetischen Militärbehörden eine Rückführung an, der in den meisten Fällen eine Verschleppung ins Innere der Sowjetunion folgte; eine größere Gruppe von Volksdeutschen aus der Nord-Bukowina lebt noch heute in Stalinabad in der asiatischen Sowjetrepublik Tadschikistan.

Ungeachtet ihrer deutschen Staatsbürgerschaft wurden wie die von der Sowjetunion beanspruchten Volksdeutschen auch ein Teil der im rumänischen Teil der Bukowina sowie in der Dobrudscha beheimateten Deutschen in den Jahren 1945/46 nach Rumänien zurücktransportiert. Die übrigen mußten, soweit sie nicht vorher fliehen konnten, vielfach jahrelang warten, bis sie, zum Teil erst 1950, nach Deutschland entlassen wurden.

In nicht allzu großem Umfang waren Dobrudscha- und Bukowina-Deutsche auch in den sudenteutschen Gebieten sowie im damaligen Protektorat Böhmen und Mähren angesiedelt worden. Mit ihnen wurde eine weit größere Zahl bukowina-deutscher Flüchtlinge, die ihre Ansiedlungsorte im polnischen Ost-Oberschlesien Ende Januar 1945 verlassen mußten, auf tschechoslowakischem Gebiet vom Zusammenbruch überrascht.

Es folgten die Schrecken des sowjetischen Einmarsches, zum Teil die Einweisung in tschechische Lager, sonst Wochen und Monate des Wartens, oft ohne Verpflegung und in behelfsmäßigen Unterkünften. Auch hier gaben die Sowjets den Befehl zur Rückführung aller Flüchtlinge und Umsiedler. Ein schon Anfang Mai 1945 in Mähren aufgebrochener Treck erreichte über Ödenburg, Arad, Craiova Anfang August die heimatliche Dobrudscha.

In der zweiten Hälfte des Jahres gingen von Brünn, Troppau, Prag und besonders Pilsen zahlreiche Eisenbahntransporte ab, wobei die in Viehwagen eng zusammengepferchten Rückkehrer auf der wochenlangen Fahrt, ohne ausreichende Versorgung, Plünderungen und sonstigen Schikanen ausgesetzt waren, bis sie in Großwardein oder Arad den rumänischen Behörden übergeben wurden. Bukowina-Deutsche, die im Herbst 1945 von den Tschechen kurzerhand über die benachbarte österreichische Grenze getrieben worden waren, wurden im Frühjahr 1946 von einer rumänischen Repatriierungskommission erfaßt und zurückgeführt.

Diesen Bemühungen rumänischer Stellen stand die Aufnahme der heimkehrenden Umsiedler in ihren Heimatorten entgegen. Sie hatten ihre rumänische Staatsbürgerschaft und alle Besitzansprüche verloren. Ihre Dörfer und Höfe waren verfallen oder anderweitig, in der Dobrudscha vor allem von rumänischen Umsiedlern aus Bulgarien, den "Mazedoniern", belegt worden. Von den Grenzbehörden nach kurzer Untersuchung und Registrierung entlassen, wurden die volksdeutschen Rückkehrer in ihren Heimatbezirken vielfach sofort wieder erfaßt und in Arbeitslager in verschiedenen Teilen des Landes eingewiesen.

Soweit sie in ihren alten Dörfern Unterkunft fanden, mußten sie sich mit Erntearbeit, Aushilfe in rumänischen Haushalten. Handarbeiten und Gelegenheitsarbeiten aller Art unter erbärmlichen Bedingungen ihr Brot verdienen.

Wenn sie die alteingesessene rumänische und tatarische Bevölkerung auch oft bedauerte, ja ihnen sogar zu helfen suchte, so waren sie doch, besonders von den Neuzugezogenen, zahlreichen Anfeindungen ausgesetzt. So machten die meisten der Rückwanderer von der gebotenen Möglichkeit Gebrauch, sich Anfang 1947 auf Antrag aus Rumänien ausweisen zu lassen, um dann in geschlossenen Transporten zunächst in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands übergeführt zu werden.

Die Gesamtzahl der von den Sowjets nach Kriegsende nach Rumänien repatriierten volksdeutschen Umsiedler ist nicht genau feststellbar. Für die Dobrudscha allein werden die Rückkehrer auf 2.500 beziffert, doch sind wahrscheinlich nur wenige endgültig in Rumänien ge-

blieben.

Die volksdeutschen Umsiedler in den Ostgebieten unterstanden bei Kriegsende den örtlichen deutschen Partei- und Verwaltungsbehörden, die auch über ihre Evakuierung entschieden. Die in Österreich untergebrachten rumänien-deutschen Flüchtlinge, vor allem die Nord-Siebenbürger, erfuhren dagegen eine Sonderbetreuung durch ihre alte Volksgruppenführung, die zum Teil neue Fluchtpläne für den Fall eines weiteren Vordringens der Sowjets vorbereitet hatte. Als die niederösterreichischen Aufnahmegebiete im April 1945 geräumt werden sollten, ließen sich die Pläne nur in begrenztem Umfang verwirklichen.

Es fehlte vor allem an Gespannen, da die einsatzfähigen Pferde zumeist auf Anordnung der Wehrmacht eingezogen worden waren und nur zum Teil wiederbeschafft oder ersetzt werden konnten. Dennoch kam es zum Aufbruch verschiedener Trecks. Andere Gruppen schlugen sich mit der Eisenbahn, auf Militärfahrzeugen, Donauschiffen oder auch zu Fuß, teils in gelenkten Transporten, teils in regelloser Flucht nach Oberösterreich und Bayern durch, wo sie in Einzelfällen erst Ende Mai eintrafen.

War es einem großen Teil der Flüchtlinge gelungen zu entkommen, so wurde doch auch hier eine beträchtliche Anzahl von den Sowjets überrollt; einigen Trecks war auf Befehl des zuständigen Gauleiters noch kurz vor Linz die Weiterfahrt in das mit Flüchtlingen überfüllte Oberösterreich untersagt worden.

Schon Ende Mai 1945 erging ein allgemeiner Rückführungsbefehl der sowjetischen Besatzungsmacht, auf Grund dessen die örtlichen österreichischen Stellen die Flüchtlinge unter Verweigerung weiterer Lebensmittelkarten zum Aufbruch nötigten. Wiederum kam es zu Trecks, die auf wohlbekanntem Wege, diesmal unter russischer Eskorte, in mehrwöchigem Marsch nach Rumänien zurückzogen.

Daneben wurden auch in Österreich im Laufe des Juni zahlreiche Bahntransporte zusammengestellt. Die Versorgung war in jedem Fall schlecht. Züge wie Trecks wurden, trotz zum Teil anständigen Verhaltens der sowjetischen Begleitmannschaften, vielfach überfallen und ausgeraubt. Auch die Durchschleusung der Transporte in Arad und besonders Großwardein vollzog sich in wenig erfreulichen Formen. Dennoch gelangten die Heimkehrer im allgemeinen ungehindert in ihre Heimatorte.

Insgesamt dürften im Sommer 1945 auf diese Weise zwischen 15.000 und 20.000 volksdeutsche Flüchtlinge aus Siebenbürgen und dem Banat nach Rumänien zurückgekehrt sein, wenn sich genauere Angaben auch nicht machen lassen. Nicht nur aus den sowjetisch besetzten Teilen Österreichs, sondern auch aus Aufnahmeorten im Sudetenland und in der deutschen Sowjetzone fanden Rückführungen statt; sogar aus den amerikanisch besetzten Gebieten wurden einzelne Gruppen zurückgeschickt.

Das Los der heimgekehrten Flüchtlinge unterschied sich zunächst nur unwesentlich von dem der zurückgeführten Umsiedler in (die) Dobrudscha und Bukowina. In den auf Grund von Art. 8 des Waffenstillstandsvertrages erlassenen Beschlagnahme-Gesetzen war neben dem Vermögen des deutschen und ungarischen Staates und ihrer Staatsangehörigen ausdrücklich auch der gesamte Besitz "von Personen mit Wohn- oder Aufenthaltsort auf dem Gebiet Deutschlands oder Ungarns sowie in den von ihnen besetzten Gebieten" unter rumänische Staatsverwaltung gestellt worden.

Die Regelung der Staatsangehörigkeit für die Bewohner der von Ungarn zurückgewonnenen Gebiete nahm überdies ausdrücklich von der Wiedererlangung der rumänischen Staatsbürgerschaft aus:

"... die Bewohner Nord-Siebenbürgens, die freiwillig in den Militärdienst eines Staates getreten sind, mit welchem sich Rumänien nach dem 23. August 1944 im Kriegszustand befand, oder die sich freiwillig einer militärischen oder militärähnlichen Formation dieser Staaten angeschlossen haben", sowie

"diejenigen, die während des Rückzuges der feindlichen Armeen aus dem Gebiet Nord-Siebenbürgens, indem sie sich mit diesen solidarisierten, freiwillig abgezogen sind".

Erst im Verlauf des Jahres 1946 kam es zu einer gewissen Rehabilitierung der Zwangsevakuerten; ein Dekret-Gesetz vom 16. Oktober 1946 verfügte die Rückgabe persönlichen Eigentums an Häusern, Grundstücken, Einrichtungsgegenständen, sowie auch ländlicher Kleinbetriebe und Werkstätten; Handels- und Industriebetriebe, sowie Bankguthaben, Aktien und Wertsachen blieben jedoch ausgeschlossen.

Da auch die Gültigkeit der Bodenreform für die Landgüter des fraglichen Personenkreises ausdrücklich bestätigt wurde, war die Lage der Rückkehrer damit lediglich derjenigen der schon vorher enteigneten volksdeutschen Landbevölkerung in den nicht evakuierten Gebieten angeglichen.

Die auf Grund der Bodenreform in die verlassenen sächsischen und schwäbischen Höfe eingerückten Rumänen und Zigeuner hatten zunächst vielfach versucht, den zurückkehrenden Volksdeutschen den Aufenthalt in ihren alten Heimatorten zu verwehren.

Die örtlichen Behörden veranlaßten dann im allgemeinen eine Unterbringung in leerstehenden Höfen, Scheunen, Schulen oder Pfarrhäusern, zum Teil auch in den verlassenen Lehmhütten der Zigeuner. Oft kam es daraufhin zu einer Einigung mit den Kolonisten, die einzelne Räume freigaben. Ein Teil der Rückkehrer wurde im Rahmen der Arbeitsdienstpflicht zur Zwangsarbeit in verschiedenen Lagern, in Bergwerken oder an staatlichen Bauprojekten eingesetzt. Die übrigen suchten sich ihren Lebensunterhalt mit Feld- und Hausarbeiten zu verdienen, waren jedoch nicht selten genötigt, sich ihre Nahrung von Haus zu Haus zusammenzubetteln.

Einzelne Rückkehrer, Volksschullehrer und andere angesehene Persönlichkeiten, wurden, vielleicht als letzte Auswirkung der im Vorjahr begonnenen Internierungsaktionen, noch im Sommer 1945 verhaftet und in die politischen Konzentrationslager eingeliefert, um erst nach Jahren freizukommen.

Wie sie wurden auch die heimkehrenden volksdeutschen Kriegsgefangenen die ja zumeist Angehörige der Waffen-SS gewesen waren, zunächst festgehalten. Nur wenige waren schon 1945/46 nach Rumänien entlassen worden. Der rumänischen Staatsangehörigkeit verlustig erklärt, wurden sie, soweit man ihrer habhaft wurde, von den rumänischen Behörden wieder verhaftet, in Großwardein und anderen Gefängnissen festgehalten und zum Teil nach Ostdeutschland abgeschoben.

Größere Transporte mit volksdeutschen SS-Angehörigen wurden erst im Dezember 1950 von Kiew nach Rumänien zurückgeführt; auch sie wurden zunächst an der Grenzstation Sighet von rumänischer Polizei übernommen und in Militärgefängnisse eingeliefert. Die Behandlung war jedoch korrekt; sie wurden im Frühjahr 1951 schubweise in ihre Heimorte entlassen. Lediglich diejenigen, die unmittelbar zu ihren Angehörigen in Deutschland oder Österreich entlassen werden wollten, mußten länger, zum Teil bis März 1952, auf die Regelung aller Formalitäten warten.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1956 über die Rückkehr nach Ungarn (x008/67E-69E): >>Neben der immer intensiver werdenden Verminderung durch die einzelnen Zwangsaktionen hat das ungarländische Deutschtum während der Jahre nach dem Zusammenbruch doch auch einen schwachen Rückstrom zu verzeichnen, der den kontinuierlichen Abbau zwar nicht ausglich, nicht einmal verlangsamte, aber in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben darf.

Seit 1945 sind Rückkehrer, einzeln oder in Gruppen, freiwillig und auf eigene Faust oder in geschlossenen Transporten wieder nach Ungarn eingeströmt.

Es können grundsätzlich zwei Arten von Rückkehrern unterschieden werden:

1. evakuierte oder geflohene Volksdeutsche, bei denen die Evakuierung nicht als eine endgültige Lösung betrachtet wurde, und

2. entlassene Kriegsgefangene, die zu ihren Familien heimkehren wollten.

Viele Evakuierte wurden noch in Österreich oder in der Tschechoslowakei in ihren Notquartieren von den Russen überrollt, die einer gewünschten Rückkehr nichts in den Weg legten, sie in den meisten Fällen sogar befürworteten oder anbefahlen. In dem von der Sowjetunion besetzten Gebiet - z.B. in Thüringen - wurden ganze Flüchtlingszüge zusammengestellt, die um die Jahreswende 1945/46 in Ungarn eintrafen.

Ebenso suchten die Amerikaner in Bayern die obdachlosen Flüchtlinge wieder in die Heimat abzuschieben. Gegen offizielle Transporte konnten die Madjaren nichts unternehmen, die private Rückkehr suchten sie durch Sperrung der Grenzen zu verhindern. Einzelne zusammengebliebene Trecks gelangten mit einigem Glück trotzdem wieder in ihre Heimatorte.

Die meisten wurden an der Grenze gestoppt. Sie warteten dann wochenlang in Österreich auf eine günstige Gelegenheit, um durchzuschlüpfen zu können und suchten endlich ihre alten Quartiere auf oder blieben auch für dauernd in Österreich. Einzelne Familien, besonders aus der Tschechoslowakei, schlossen sich auch nach Ungarn fahrenden Militärtransporten an.

Über die Zahl dieser Rückkehrer lassen sich keine bestimmten Angaben machen, es steht jedoch fest, daß nur ein geringer Teil der Rückkehrwilligen tatsächlich wieder nach Hause gelangte; den meisten wurde von den ungarischen Grenzposten der Übertritt verwehrt.

Die heimkehrenden Kriegsgefangenen hatten es als Einzelpersonen beim Grenzübertritt leichter, da sie nicht auf die offiziellen Übergangsstellen angewiesen waren. Um so vorsichtiger mußten sie im Lande selbst sein. Als ehemalige Angehörige der Waffen-SS gehörten sie zu der am meisten belasteten Kategorie und wurden gleich nach ihrem Auftauchen im Heimatort verhaftet, zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt oder zum mindesten interniert.

Wer von ihnen Glück hatte und den Razzien entging, arbeitete eine Zeitlang als Knecht in einer möglichst weit vom Heimatort entfernten Gegend und schlug sich dann auf Schleichwegen über Österreich nach Deutschland durch. Dieses Schicksal in der einen oder der anderen Form traf jedenfalls die aus dem Westen Zurückkehrenden, während die Rußlandheimkehrer in der Regel von den Behörden in Ruhe gelassen wurden und offen ihrer Arbeit nachgehen konnten.

Ganz allgemein mußte die Masse der Rückkehrer, waren es Evakuierte oder Kriegsgefangene, das Land als Flüchtende oder Ausgewiesene bald wieder verlassen. Einmal galten sie in der Mehrzahl als politisch Belastete und dann fehlte ihnen die Lebensgrundlage, da die seit der Evakuierung leerstehenden Höfe als erste beschlagnahmt und mit Neusiedlern besetzt worden waren.

Die Spätheimkehrer, die 1950 aus der Sowjetunion ankamen, trafen dagegen schon andere Verhältnisse an. Inzwischen hatte sich die Situation des ungarländischen Deutschtums wieder gewandelt. Schon der Ausweisungsaktion gegenüber waren die ungarischen Parteien geteilter Meinung gewesen.

Die Rücksiedlung der Jugoslawien- und Slowakeimadjaren nach Ungarn zeigte dann sehr deutlich, daß der allgemeine "Bevölkerungstransfer" sich keineswegs günstig für das Land auswirkte; im Gegenteil, man bekam das Unrecht, das den Deutschen zugefügt wurde, besonders in der Massenausreibung der Madjaren aus der Slowakei am eigenen Leibe zu spüren, und die Bevölkerung fühlte sich den alteingesessenen Deutschen sowieso viel enger verbunden als z.B. den fremd anmutenden Csángós. So wuchs allmählich die Stimmung für die Einschränkung und den Abbau der antideutschen Gesetzgebung.

Schon die letzten Durchführungsverordnungen zum Aussiedlungsgesetz enthielten nicht mehr die kompromißlose Verurteilung der Volksdeutschen wie die ersten Verordnungen, sondern ließen einschränkende und aufhebende Klauseln ein wenig Raum.

Im Mai 1946 wurden dann für SS-Angehörige, die nach der Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen eingezogen worden waren, die Aussiedlungsbestimmungen aufgehoben, wenn

sie sich 1941 zur ungarischen Nationalität bekannt hatten und ihre demokratische Haltung nachweisen konnten. Im Oktober und November 1947 folgten Aufhebungsverordnungen für Industrie- und Landarbeiter sowie für unentbehrliche Handwerker, die auch als Volksbundmitglieder und SS-Zwangsrekrutierte nicht mehr ausgesiedelt werden durften.

Diese Bestimmungen gewannen allerdings keine besondere Bedeutung mehr, weil im Herbst 1947 die Vertreibungsaktion ohnedies eingestellt wurde.<<

Die Flucht der deutschen Bevölkerung von 1944/1945 bis zum Kriegsende 1945 und Rückkehrbewegungen bis Mai/Juni 1945 in Ost-Mitteleuropa (ohne zum Kriegsdienst eingezogene Männer). In Zahlen und Prozenten (Anteil der deutschen Bevölkerung in v.H.):

	Erfolgreiche Flucht in den Westen 1944/45		In sowjetische Gewalt geraten		Rückkehrer in die Heimat		Bevölkerungsstand vor der Austreibung im Juni 1945	
	Einwohner	%	Einwohner	%	Einwohner	%	Einwohner	%
Ostpreußen 1)	1.819.000	70	474.000	19	296.000	11	770.000	30
Ostpommern	861.000	46	850.000	46	150.000	8	1.000.000	54
Ostbrandenburg	310.000	47	300.000	45	50.000	8	350.000	53
Schlesien	<u>2.218.000</u>	47	<u>1.500.000</u>	32	<u>1.000.000</u>	21	<u>2.500.000</u>	53
Deutsche Ostprovinzen	<u>5.208.000</u>	53	<u>3.124.000</u>	32	<u>1.496.000</u>	15	<u>4.620.000</u>	47
Memelland	<u>34.000</u>	.	<u>30.000</u>	22	.	.	<u>30.000</u>	22
Danzig	204.000	50	200.000	50	.	.	200.000	50
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen	186.000	50	140.000	38	46.000	12	186.000	50
Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement	<u>616.000</u>	50	<u>460.000</u>	37	<u>154.000</u>	13	<u>614.000</u>	50
Polnische Gebiete	<u>1.006.000</u>	50	<u>800.000</u>	40	<u>200.000</u>	10	<u>1.000.000</u>	50
Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren sowie Slowakei 2)	<u>111.000</u>	3	<u>3.489.000</u>	97	.	.	<u>3.489.000</u>	97
	6.359.000	41	7.443.000	48	1.696.000	11	9.139.000	59
Estland, Lettland und Litauen	.	.	23.000	-	-	-	23.000	-
Jugoslawien	160.000	44	200.000	56	.	.	200.000	56
Rumänien	100.000	20	404.000	80	.	.	404.000	80
Ungarn	<u>39.000</u>	7	<u>83.000</u>	89	<u>21.000</u>	4	<u>504.000</u>	93
Baltikum und Balkan	<u>299.000</u>	21	<u>1.110.000</u>	78	<u>21.000</u>	1	<u>1.131.000</u>	79
Ost-Mitteleuropa	6.658.000	39	8.553.000	51	1.717.000	10	10.270.000	61
Sowjetunion	.	.	<u>1.187.000</u>	-	.	-	<u>1.187.000</u>	-
Insgesamt	<u>6.658.000</u>	.	<u>9.740.000</u>	.	<u>1.717.000</u>	.	<u>11.457.000</u>	.

Quellen: "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" (x001/78E, x004/17-18, x006/89E, x007/75E, x008/40E).

1) Einschließlich der 765.000 Ostpreußen und "Bombenflüchtlinge", die bereits bis Ende 1944 evakuiert wurden oder flüchteten.

2) Ca. 800.000 schlesische Flüchtlinge, die nach dem Kriegsende wieder in ihre Heimat zurückgetrieben wurden, und ca. 100.000 deutsche Flüchtlinge (aus der Slowakei, Ungarn und Rumänien) sind nicht enthalten.

Die reichs- und volksdeutschen Nachkriegsverluste

Reichs- und volksdeutsche Nachkriegsverluste in den Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937), in den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland und in der sowjetischen Besatzungszone in Mitteldeutschland (ohne Wehrmachtssterbefälle und zivile Kriegsoffer):

	Verluste der einheimischen deutschen Zivilbevölkerung		Verluste der reichsdeutschen Zivilisten 2)	%	Nachkriegsverluste; insgesamt
Ostpreußen	277.400		5.500	14,4	282.900
Ostpommern	328.900		10.800	23,5	339.700
Ostbrandenburg	172.500		13.800	40,8	186.300
Schlesien	<u>446.100</u>		<u>20.400</u>	14,2	<u>466.500</u>
Deutsche Ostprovinzen	<u>1.224.900</u>		<u>50.500</u>	-	<u>1.275.400</u>
Memelland	<u>28.100</u>		<u>300</u>	21,0	<u>28.400</u>
Danzig	89.900		1.600	31,7	91.500
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen	43.000		6.900	27,5	49.900
Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement	<u>142.000</u>		<u>40.100</u>	27,5	<u>182.100</u>
Polnische Gebiete	<u>274.900</u>		<u>48.600</u>	-	<u>323.500</u>
Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren sowie Slowakei	<u>266.600</u>		<u>53.000</u>	9,1	<u>319.600</u>
Estland, Lettland und Litauen	22.500		.	.	22.500
Jugoslawien	135.800		.	.	135.800
Rumänien	101.000		.	.	101.000
Ungarn	<u>57.000</u>		.	.	<u>57.000</u>
Baltikum und Balkan	<u>316.300</u>		.	.	<u>316.300</u>
Deutsche Siedlungsgebiete im Ausland	<u>885.900</u>		<u>101.900</u>	-	<u>987.800</u>
Ost-Mitteleuropa	<u>2.110.800</u>	1)	<u>152.400</u>	-	<u>2.263.200</u>
Sowjetunion	<u>350.000</u>	3)	-	-	<u>350.000</u>
Mitteldeutschland (SBZ)	<u>188.800</u>	4)	-	-	<u>188.800</u>
Insgesamt	<u>2.649.600</u>		<u>152.400</u>	-	<u>2.802.000</u>
Zivile Kriegsverluste	(11.500)	5)	(430.000)	-	(441.500)

Quellen: 1) "Statistische Berichte" des Bundesamtes Wiesbaden vom 04.11.1959, S. 20 (x026/30).

2) Von der Flucht und Vertreibung direkt betroffene Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete, die aus den westlichen Reichsgebieten stammten. Diese Nachkriegsverluste wurden aufgrund der durchschnittlichen ostdeutschen Verlustquoten errechnet (2,5 % der direkt Betroffenen - x016/79).

H. Nawratil ermittelte z.B., daß die Verluste der zugezogenen Reichsdeutschen mit mindestens 220.000 Opfern anzusetzen sind (x025/75).

3) Zwangsverschleppung innerhalb der Sowjetunion (Verluste während des Zweiten Weltkrieges = ca. 239.000 Rußland-Deutsche - x026/31), Verschleppung von Zwangsrepatriierten aus dem Deutschen Reich in die UdSSR (Verluste = ca. 111.000 Rußland-Deutsche - x026/91). Nach Angaben der rußland-deutschen Volksgruppe starben sogar über 400.000 Rußland-Deutsche (x026/31).

4) Im Jahre 1945 kamen in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) etwa 115.000 Mitteldeutsche um (x037/55,59). Von 1945-50 ereigneten sich in den SBZ-Konzentrationslagern außerdem über 65.000 Sterbefälle (x009/228). Weitere 8.800 mitteldeutsche Verschleppungsoffer ("Strafgefangene" und andere Zwangsarbeiter) starben in sowjetischen Deportations-

lagern (x026/63,91).

H. Nawratil schätzte, daß der sowjetische Einmarsch in Westpommern, Westbrandenburg und Berlin bereits etwa 240.000 Menschenleben forderte (x026/56).

5) Nach offiziellen Angaben starben in den Jahren 1939-45 im Deutschen Reich "nur" 441.500 deutsche Zivilisten durch Kriegseinwirkungen (x016/78).

Dr. G. Hümmelchen ermittelte jedoch später, daß allein während der anglo-amerikanischen Luftangriffe ca. 609.000 Deutsche getötet wurden (x051/364).

>>Nicht ganz werde ich sterben.<< (Quintus Horaz)

Die Verluste der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen wurden nach langjähriger Forschungs- und Untersuchungsarbeit durch Wissenschaftler und Experten des Statistischen Bundesamtes ermittelt. Diese Statistiken, die man erst im Jahre 1959 veröffentlichte, gehören sicherlich zu dem bestgesicherten Zahlenmaterial der zeitgeschichtlichen deutschen Forschung.

Bei diesen Ermittlungen setzte man bewußt nur Mindestverluste an, die nach Abschluß der Kampfhandlungen entstanden. Tausende von Flüchtlingen und Vertriebenen, die nach der Ankunft im besetzten Mittel- und Westdeutschland an den Folgen der erlittenen Mißhandlungen und Strapazen, an Hunger und Seuchen starben, wurden nicht berücksichtigt.

KNAURS Lexikon (1953; S. 481) notierte, daß während der Flucht und Ausweisung etwa 2,5 Millionen Deutsche zugrunde gingen (x038/481).

Der Kirchliche Suchdienst München ermittelte im Jahre 1965 (sog. "Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals des deutschen Volkes in den Vertreibungsgebieten") für Ost-Mittleuropa (außer UdSSR und ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) rd. 2,3 Millionen Tote und ungeklärte Fälle (Verschollene). Da seit dem Kriegsende bereits Jahrzehnte vergangen sind, müssen die Verschollenen als umgekommen gelten (x025/248).

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die sog. deutschen Vertreibungsverluste (x010/54): >>Bei den Schätzungen des Statistischen Bundesamtes zur Ermittlung der Verluste, ... ergeben sich nach Abzug geschätzter Kriegsverluste und nach Ermittlung der in der Bundesrepublik Deutschland und Schätzung der in der DDR sowie in Heimatgebieten im Jahre 1950 lebenden Personen eine Gesamtzahl von ca. 2,2 Millionen "ungeklärter Fälle" in sämtlichen Vertreibungsgebieten (außer UdSSR und ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete). Sie werden auch als "Nachkriegsverluste" bezeichnet.<<

Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes) errechnete für die Vertreibungsgebiete in Ost-Mittleuropa (ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) insgesamt 2.220.000 Todesopfer (x037/60).

Im "dtv-Atlas zur Weltgeschichte" (1989; Band 2, S. 499) wurden die deutschen Vertreibungsverluste mit über 3,0 Millionen angegeben (x061/499).

Wie viele deutsche Zivilisten auf der Flucht, durch Kampfhandlungen, Befreiungsverbrechen, Selbstmorde, Zwangsverschleppungen, Vertreibungsmaßnahmen oder langjährige Zwangsarbeit tatsächlich umkamen, wird man verständlicherweise niemals genau feststellen können.

Anstatt eines Schlußwortes

>>Die Lüge ist ein sehr trauriger Ersatz für die Wahrheit, aber sie ist der einzige, den man bis heute entdeckt hat.<< (Elbert Hubbard)

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung schrieb im Jahre 1954 über die Flucht der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße (x001/26E): >>Obwohl die Flüchtenden, als sie sich auf die Flucht begaben, zweifellos nicht absehen konnten, was ihnen im einzelnen unter russischer Herrschaft bevorstand, so hat sich doch später an der vielfältigen schrecklichen Erfahrung derjenigen, die zurückgeblieben waren oder denen die Flucht mißlang, eindeutig erwiesen, daß die Flucht im Rahmen des Gesamtschicksals der ostdeutschen Bevölkerung nach 1945 noch das geringste Übel war. Unzählige Menschen sind dadurch vor Schlimmerem bewahrt geblieben, denn die Verluste, die während der Flucht entstanden, reichten - so schmerzlich sie waren - nicht an die viel höheren Verluste und Schädigungen heran, die als Folge der russisch-polnischen Herrschaft über Ostdeutschland für diejenigen entstanden, die in diesen Gebieten zurückgeblieben waren.<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über das Schicksal der zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung in Ost-Mittleuropa (x010/53): >>Opfer der Gewalttaten und Unmenschlichkeiten wurden nicht etwa bestimmte Personengruppen, sondern Deutsche aller Bevölkerungskreise. Betroffen wurde die in ihrem Heimatgebiet verbliebene deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit.

Verübt wurden die Gewaltakte durch Angehörige sowjetischer militärischer Einheiten, des NKWD, der Miliz und des Sicherheitsdienstes in Polen, der Volksgardisten und der Befreiungsarmee in der Tschechoslowakei, der Partisanengruppen in Jugoslawien. Ihnen wurde von den die Regierungsgewalt ausübenden zentralen Stellen zunächst völlig freie Hand gelassen. Die verübten Gewalttaten waren Ausdruck eines Vergeltungsdranges, aber auch blinder Haß, von politischer Indoktrination (Beeinflussung) noch gesteigerter Haßgefühle. Diese konnten sich auch in von niedrigsten Instinkten geleiteten Taten niederschlagen.<<

Arno Surminski (1934 in Ostpreußen geb.; Ende 1945 vertrieben - Journalist) bemerkte im Jahre 1980 über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x039/72): >>... Warum nicht schweigen? Warum setzen wir uns 35 Jahre danach mit Dingen auseinander, die irreparabel sind, die keinen Toten zum Leben erwecken können? ... Es hat nichts mit dem Wachhalten eines Revanchegedankens zu tun, auch geht es nicht um die Wahrung irgendwelcher deutschen Rechtspositionen. Nicht einmal zur Aufrechnung mit deutschen Untaten während des 2. Weltkrieges ist die Erinnerung an das Kriegsende 1945 im Osten geeignet. Letztlich geht es um ein persönliches und ein allgemeingültiges Anliegen. ... Ich habe ein schlechtes Gewissen bei dem Gedanken, daß Hunderttausende, die spurlos verschwunden sind, ohne Postskriptum aus den Listen der Lebenden gestrichen sein sollen. Die zahllosen Menschen, die unbeachtet im Straßengraben verwesten, die irgendwo aus dem Zug geworfen oder in Massengräber gelegt wurden und bis zum Schluß nicht begreifen konnten, was sie verbrochen hatten, sie verdienen es, wenigstens erwähnt und nicht um des lieben Friedens willen vergessen zu werden. ... Wir dürfen ... nicht aufhören zu fragen: Was ist da schiefgegangen. Welche Sicherungen sind damals durchgebrannt? Nur so können wir Dämme errichten, damit dergleichen nicht wieder vorkommt. Über diese Dinge zu sprechen, gehört auch zur Friedensforschung.<<

>>Die Wahrheit ist auf dem Marsch und nichts hält sie auf.<< (Émile Eduard C. Zola)